Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 6, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3, L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlenerstraße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königgrätzerstraße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 3896.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 175. **Dienstag** den 8. April 1902. **96. Jahrgang.**

Die Petersburger Reise des bulgarischen Ministerpräsidenten.

v. S. Es ist eine oft beobachtete Erscheinung, daß wärmere Jahreszeit, ja nur ihr Nahen, einen aufregenden Einfluß auf die Völkerschaften des Balkans ausübt. Die meisten Umwälzungen und Veränderungen, die sich unter den dortigen Volksstämmen vollzogen haben, gingen im Frühjahr und Sommer vor sich und ruhten im Winter. Auch dieses Jahr hört man von bedenklichen Bewegungen in Albanien und Makedonien, von denen besonders die letztere Strömung einen gefährlichen Charakter anzunehmen scheint. Bewaffnete Insurgentenschaaren sind aus Bulgarien über das unwegsame Grenzgebirge in Makedonien eingedrungen und es steht noch nicht fest, was aus diesem Vorstoße der revolutionären Elemente der Balkanhalbinsel wird. Gleichzeitig wird von einer Ministerkrisis in Serbien gemeldet, die gewöhnlich Unruhen mit sich bringt und den ohnehin schwankenden Thron der Obrenowitsch weiter erschüttert.

Diese verschiedenen Momente geben der Reise des bulgarischen Ministerpräsidenten Danew nach Petersburg eine besondere Bedeutung. Es wird versichert, der bulgarische Staatsmann habe die Fahrt nur deshalb unternommen, um sich persönlich dem Zaren vorzustellen und Bericht über die allgemeine politische Lage des Fürstenthums abzustatten. Besondere Pläne, eine engere Verbindung zwischen Rußland und Bulgarien, sollen angeblich nicht beabsichtigt sein. Auffallend lautet nur die weitere Nachricht, der Minister werde die Finanzkrisis Bulgariens gleichfalls an der Newa zur Sprache bringen und die russischen Staatsmänner zu einer Unterstützung willig zu machen versuchen. Da Herr Danew später nach Paris zu gehen gedenkt, um auch französische Capitalisten für die Finanzunternehmungen zu gewinnen, so hat es den Anschein, als sei etwas Politisches im Werke, an dem der Zweibund ein lebhaftes Interesse habe.

Den einzelnen Phasen der orientalischen Frage sind Unruhen unter den Völkerschaften der Balkanhalbinsel gewöhnlich vorausgegangen. Das war der Fall vor dem letzten Kriege Rußlands mit der Türkei, vor dem Kampfe der Serben und Bulgaren und ebenso vor dem Kriege Griechenlands und der Türkei wegen des Schicksals Kretas. Kein Wunder, wenn man jetzt die makedonische Bewegung und die Vorgänge in Albanien nicht gerade als Friedenssymptom betrachtet. Die interessirten Staaten sind auch sicherlich längst der Meinung, daß sich hieraus ein schwerer Conflikt entwickeln könne. Schon im vorigen Jahre waren die Regierungen einerseits von Griechenland, Rumänien und der Türkei, andererseits von Rußland, Serbien, Bulgarien und Montenegro einander näher getreten, um für alle Fälle gerüstet zu sein und etwaigen Ueberraschungen begegnen zu können. Wenn damals befürchtet wurde, es könnten gerade in Folge des Zusammenschlusses entgegengesetzter Gruppen Verwickelungen entstehen, so erwies es sich bald, daß diese Besorgniß einstweilen unbegründet war. Der Frieden auf dem Balkan wurde nicht gestört. Rußland hatte offenbar einen günstigen Einfluß auf die unruhigen Kleinstaaten ausgeübt und sie nicht im Zweifel darüber gelassen, daß gewaltsame Ausbrüche nicht auf Unterstützung in Petersburg rechnen könnten.

Die Disciplin auf dem Balkan wird dem Zarenreiche gegenüber von dessen Freunden und Bundesgenossen genau eingehalten. Auch jetzt wird ohne die Genehmigung Rußlands keiner der kleinen Slawenstaaten zu den Waffen greifen, um die Wirren in Makedonien für seinen Ehrgeiz zu benutzen. Diese Genehmigung wird indeß nicht ertheilt werden. Sollte also Danew deshalb an die Newa gefahren sein, so wird er jedenfalls unverrichteter Sache heimkehren müssen. Man darf aber annehmen, daß nicht allein die makedonische Frage nebst ihren Einwirkungen auf die Balkanverhältnisse Gegenstand der Erörterung zwischen dem bulgarischen Ministerpräsidenten und dem Grafen Lambsdorff gewesen ist, sondern daß auch andere Angelegenheiten behandelt worden sind. Hierher gehört namentlich die Thronfolge in Serbien. Officiell hat Bulgarien allerdings nichts damit zu thun, ob Prinz Mirko von Montenegro oder Prinz Peter Karageorgiewitsch der Nachfolger Alexander Obrenowitsch's wird. Aber man hat in Sofia trotz der Annäherung an Serbien und Montenegro doch immer mit Neid die mögliche Machtausdehnung dieser Staaten verfolgt und sieht nicht gerne den Uebergang der Krone des Königs Alexander auf das Haus des Fürsten Nikita. Fürst Ferdinand wird sich gleichwohl mit der Thatsache abfinden müssen, daß Rußland die Candidatur des Prinzen der schwarzen Berge begünstigt und sie wohl auch schließlich durchsetzt. Auch hierbei dürfte Danew nichts erreichen, falls er wirklich diesem Plane widersprechen sollte. Aber es wäre denkbar, daß die Einwilligung Bulgariens mit der Anleihe bezahlt werden müßte.

Hier sehen wir wieder, daß Rußland, dessen Finanzen sich in keiner beneidenswerthen Lage befinden und das seine Verpflichtungen nach verschiedenen Richtungen nicht zu erfüllen im Stande ist, für Zwecke seiner Orientpolitik immer Mittel zur Verfügung hat. Wir dürfen es übrigens der Umsicht der Petersburger Diplomatie zutrauen, daß sie, wenn wirklich das Anleiheproject sich verwirklichen sollte, noch andere Forderungen als die Zustimmung zur Thronfolge des Prinzen Mirko an Bulgarien stellen würde. Seit längerer Zeit haben die Russen begehrliche Blicke auf den Schwarzmeerhafen Burgas geworfen. Die Nothwendigkeit, an der Küste Bulgariens nicht weit von Konstantinopel einen Flottenstützpunct zu besitzen, ist wiederholt von der Petersburger und der Moskauer Presse erörtert worden. Im vergangenen Sommer hatte diese Frage zur Zeit der Begegnung des Großfürsten Alexander und des Fürsten Ferdinand in Varna einen actuellen Charakter angenommen. Aber man schob in Petersburg die Verwirklichung hinaus, weil man einsah, daß die Sache mit Schwierigkeiten verbunden war und namentlich bei Oesterreich auf heftigen Widerstand stoßen würde. Aufgegeben wurde der Plan aber deshalb nicht, und es ist wahrscheinlich, daß er jetzt zwischen den leitenden Staatsmännern Rußlands und Bulgariens abermals verhandelt worden ist. Soll Rußland einem Staate wirklich Geld geben, so läßt es sich dafür gut bezahlen und fordert Zugeständnisse, die über den Rahmen einer gewöhnlichen finanziellen Action weit hinausgehen. Das hat man zur Genüge in Persien gesehen. In jedem Falle wird Rußland aus der Anwesenheit Danew's in Petersburg Nutzen ziehen.

Wir glauben nicht, daß die gegenwärtigen Wirren, so bedrohlich sie auch erscheinen mögen, den Frieden in Osteuropa stören werden. Aber indirect können sie dem Anlaß bieten, daß die kleinen Balkanstaaten sich enger an das Zarenreich schließen und dadurch das Slawenthum im Osten Europas erheblich stärken. Daß Rußlands Stellung in erster Linie durch diese Annäherung gefestigt und daß es noch mehr als früher die maßgebende Rolle auf dem Balkan spielen wird, ist selbstverständlich.

Der Krieg in Südafrika.

* **Köln**, 5. April. Die „Rhein.-Westfäl. Zeitg." erhält über den wirklichen Stand der Kriegsoperationen der Capcolonie ein längeres Schreiben eines deutschen Boerenofficiers, der auf das Bestimmteste versichert, daß die Boeren siegen müssen. Die Boerensache stehe vorzüglich, Näheres werde Deutschland durch Commandant Fourmann erfahren, der dorthin unterwegs sei. Die Gesammtzahl der Boerenstreiter betrage mindestens 20 000 Köpfe, die Streitmacht Dewet's 5000. Die Engländer hielten lediglich die Bahnlinien besetzt, während die streifenden Boerencorps das platte Land beherrschen und zahlreiche Ortschaften in ihre Gewalt bringen. In der Capcolonie bewaffnen die Engländer von Neuem die Hottentotten, was sich den Boerencommandos recht unangenehm fühlbar macht. Der Norden wie der Osten Transvaals sei von englischen Truppen vollständig geräumt. (Die Angaben bedürfen doch sehr der Bestätigung.)

Deutsches Reich.

+ **Berlin**, 7. April. (Die Stiftung Cecil Rhodes'.) An der Richtigkeit der Meldung, daß Cecil Rhodes letztwillig für 15 deutsche, vom Kaiser auszuwählende Studenten ein Legat von je 5000 ℳ ausgesetzt habe, damit sie an der Universität Oxford den Studien obliegen können, ist, da der Kaiser das Legat angenommen hat, nicht zu zweifeln. Da nun ein Mann, wie Cecil Rhodes, bei seinen Lebzeiten es gewiß nicht übel genommen haben würde, wenn man ihn nach dem politischen Zwecke seiner Stiftung gefragt hätte, so darf man diese Frage auch jetzt noch aufwerfen. Die eine von seinen Absichten ist offenbar darauf gerichtet, die öffentliche Meinung Deutschlands für den Stifter des gewiß ansehnlichen Stipendiums vortheilhaft zu beeinflussen. Eine zweite Absicht Cecil Rhodes' war sicherlich, durch die in Oxford studirenden deutschen Studenten die öffentliche Meinung Deutschlands zu Gunsten Englands zu beeinflussen. Hätte Cecil Rhodes derartige politische Absichten mit seinem Legate nicht verfolgt, wäre es ihm lediglich um die Förderung wissenschaftlicher Zwecke zu thun gewesen, dann hätte er seine Stiftung nicht mit der Beschränkung auf eine englische Universität gemacht. Nun liegt es uns gänzlich fern, in Abrede zu stellen, daß ein deutscher Student in Oxford und in England überhaupt sehr viel Gutes und Nützliches lernen kann. Ist England auch längst nicht mehr die Hochschule politischer Weisheit, für die es lange Zeit gegolten hat, so würde es doch von größter Voreingenommenheit zeugen, wenn man bestreiten wollte, daß ein längerer Aufenthalt in England für einen Deutschen in mannigfacher Hinsicht von großem Vortheil sein könnte. Auch kann man ohne Weiteres einräumen, wie wünschenswerth es wäre, wenn der deutsche Student größeres Gewicht auf körperliche Uebungen legte, als gegenwärtig. Aber der in Oxford und Cambridge blühende studentische Sport ist nichts weniger, als eine beneidenswerthe Erscheinung. Erfahrene Pädagogen haben in den letzten Jahren nachdrücklich darauf hingewiesen, daß ein so intensiver Sport, wie er in Oxford an der Tagesordnung ist, mit ernsthafter wissenschaftlicher Thätigkeit nur zum Schaden für die Betheiligten vereinigt werden kann. Auf der anderen Seite hat der englische Sport auch nicht in körperlicher Beziehung diejenigen Früchte gezeitigt, die Mancher sich davon verspricht. Die Probe auf dieses Exempel wird schließlich doch in kriegerischen Zeitläufen gemacht, wo unleugbar am häufigsten Gelegenheit geboten wird, körperliche Kraft und Widerstandsfähigkeit zu bewähren. Was in letzterer Hinsicht während des Boerenkrieges bekannt geworden ist, spricht keineswegs zu Gunsten der Art von Leibesübungen, die in England geschätzt ist. Wenn daher deutsche Studenten von dem Stipendium Cecil Rhodes' Gebrauch machen, so werden sie hoffentlich die Vorliebe für englische Sportfexerei nicht von Oxford nach Deutschland mitbringen.

△ **Berlin**, 7. April. (Landwirthschaftliche Ueberschuldung.) Ueber die Ursachen der jetzigen Ueberschuldung sehr vieler Landwirthe schreibt der Nationalökonom Professor Dr. J. Conrad in seiner soeben erschienenen dritten Auflage seines Werkes: „Grundriß zum Studium der politischen Oekonomie" (Verlag von G. Fischer, Jena): Wenn bis in die siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts sich gerade bei den großen Gütern in Deutschland die Hypothekenschuld ganz außerordentlich erhöht hat und die Verschuldung einen übermäßigen Grad erreichte, so findet das darin seine Erklärung, daß seit den zwanziger Jahren die Preise der landwirthschaftlichen Producte und damit der Werth des Grund und Bodens fortdauernd gestiegen waren. Dadurch lag das natürliche Streben bei den Landwirthen vor, ein möglichst großes Gut mit mäßiger Anzahlung zu erwerben, weil schon in ein bis zwei Decennien eine Preissteigerung zu erwarten war und damit schon derjenige einen Capitalgewinn erzielte, der auch, ohne Verbesserungen durchzuführen, sich nur so lange im Besitze zu erhalten vermochte. Je werthvoller der Besitz war, um so größer war auch der in Aussicht stehende Gewinn. Dazu kam, daß der Uebergang zu einem intensiveren Wirthschaftssystem bedeutendere Mittel beanspruchte und auch deshalb eine möglichst niedere Anzahlung wünschenswerth war. Die Capitalisten konnten getrost darauf eingehen, weil durch die Steigerung des Grundwerthes wie durch die Verbesserung des Gutes ihre Sicherheit von Jahr zu Jahr stieg, aber nicht abnahm. So lange die steigenden Conjuncturen anhielten, war deshalb auch ein Nachtheil in diesem Verfahren nicht zu bemerken. Sobald nun aber ein Preisrückgang bei den Producten eintrat, die Landwirthe mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatten und für die Steigerung des Grundwerthes kein vernünftiger Anhalt mehr vorlag, mußte die Situation sich völlig ändern. Der Gläubiger sah seine Sicherheit gefährdet, der überlastete Landwirth konnte die Zinsen nicht mehr aufbringen. Erhielt er sich auch noch längere Zeit im Besitz, so war von einem günstigeren Verkaufe keine Rede. Unter diesen Verhältnissen liegt jetzt nicht nur kein Anreiz mehr für den jungen Landwirth vor, mit geringem Capital ein großes Gut zu kaufen, sondern im Gegentheil eine große Gefahr. War ein solches Vorgehen in früheren Zeiten ganz gerechtfertigt und eine Verschuldung mit zwei Drittel, selbst drei Viertel noch erträglich, so ist sie jetzt völlig erdrückend und ein solches Vorgehen der größte, nicht scharf genug zu verurtheilende Leichtsinn. Dazu kommt, daß heutigen Tages nur noch das Betriebscapital bei intelligenter, landwirthschaftlicher und kaufmännischer Verwerthung eine gute Verzinsung in Aussicht stellt, während der Kaufwerth der Güter in Folge der großen Beharrlichkeit, mit der die augenblicklichen Besitzer sich dagegen sträuben, ihr Grundstück mit Verlust zu verkaufen, immer noch höher ist als der Ertragswerth. Wenn nun in der neueren Zeit die hypothekarische Schuldenlast fortdauernd in bedeutendem Maße gestiegen ist, so ist dieses einmal darauf zurückzuführen, daß namentlich die kleinen Landwirthe sich daran gewöhnt haben, in erweitertem Maße den Realcredit gegenüber dem bisher herangezogenen Personalcredit auszunützen; in zweiter Linie aber wohl, daß in Folge der ungünstigen Conjuncturen und unzulänglicher Reinerträge in steigendem Maße laufende Schulden sich aufgehäuft haben, die dann schließlich zur Sicherung der Gläubiger eingetragen werden mußten.

* **Berlin**, 7. April. Im Reichstage ist mehrfach anerkannt worden, daß die im Reichsamte des Innern hergestellten „Amtlichen Nachrichten für Handel und Industrie" recht dankenswerthes Material bieten und eine Einrichtung darstellen, die den auf sie gesetzten Erwartungen voll entsprochen hat. Im Reichsamte des Innern denkt man dem Vernehmen nach die Einrichtung noch zu vervollständigen. Bisher haben sich die von dieser Zeitschrift gebrachten Mittheilungen meist auf Verhältnisse im Auslande bezogen. Es wurden Berichte von Consuln oder Handelssachverständigen über ausländische Productions- und Absatzverhältnisse wiedergegeben, Stimmen ausländischer amtlicher oder sonst zuverlässiger Organe über Marktverhältnisse veröffentlicht, über von amtlichen Stellen ausgeschriebene Lieferungen und Verdingungen berichtet ꝛc. Es liegt nun im Plane, den mehr auf das Ausland Rücksicht nehmenden Veröffentlichungen solche an die Seite zu setzen, die ähnliche Vorgänge im Inlande zur Darstellung bringen, selbstverständlich nur soweit, als sie nicht bereits durch die Fachpresse oder auf sonstigem Wege in die Oeffentlichkeit gebracht werden. Dem „Hamb. Corr." zufolge hat der Staatssekretär des Innern zunächst bei den in Betracht kommenden gewerblichen Vereinigungen eine Erhebung veranstaltet, um zu einem Urtheile über das Maß des auf diesem Gebiete vorhandenen Bedürfnisses und die etwa bestehenden Wünsche betreffs der Ausgestaltung der Neueinrichtung zu gelangen.

* **Berlin**, 7. April. Eine Verfügung über die Pflege einer guten und leserlichen Handschrift bei den Schülern hat der preußische Cultusminister unterm 28. März an die Provinzialschulcollegien erlassen. In der Verfügung wird darauf hingewiesen, daß die Einwirkung der Leiter und Lehrer der höheren Schulen in beregter Beziehung noch vielfach des nöthigen Nachdruckes und der ausdauernden Gleichmäßigkeit entbehrt und daß dieser Mangel namentlich bei den Prüfungsarbeiten in den höheren Classen hervortrete: „Die bedauerliche Thatsache ist nicht in Abrede zu stellen, daß zahlreiche Schüler von den höheren Lehranstalten mit einer Handschrift abgehen, die — offenbar in Folge von Vernachlässigung während der auf den oberen Classen zugebrachten Schulzeit — auch bei billigen Anforderungen viel zu wünschen übrig läßt." — Um nun Abhilfe zu schaffen und um den Bemühungen der Aufsichtsbehörden um die Pflege einer guten Handschrift einen wirksameren Erfolg, als bisher, zu sichern, hat der Minister verfügt —: „Sorian ist allgemein sowohl in die gewöhnlichen, im Laufe des Schuljahres auszustellenden Zeugnisse bis in die Ober-Prima hin, als auch in die Reife-Zeugnisse und in die Zeugnisse über die bestandene Schlußprüfung ein Urtheil über die Handschrift des Schülers aufzunehmen, dabei aber auch ausdrücklich zu rügen, falls er etwa die Neigung zeigt, seinen Namen undeutlich zu schreiben. Wo die Vordrucke der Zeugnisse für dieses Urtheil keine besondere Stelle bieten, ist es unter „Fleiß" einzutragen."

⊙ **Berlin**, 7. April. (Telegramm.) Zur gestrigen Frühstückstafel bei dem Kaiserpaare waren Graf und Gräfin Perponcher und der Gesandte in Lissabon Graf Tattenbach geladen. Nachmittags unternahmen der Kaiser und die Kaiserin mit den drei ältesten Prinzen-Söhnen einen Spaziergang im Thiergarten. Zur Abendtafel waren keine Einladungen ergangen. Die drei ältesten Prinzen-Söhne besuchten die Vorstellung im Opernhause. — Heute Morgen fuhren der Kaiser und die Kaiserin im Thiergarten spazieren. Später hörte der Kaiser im Schlosse den Vortrag des Chefs des Civilcabinets, Wirkl. Geh. Rathes Dr. v. Lucanus. Heute Abend gedenkt der Kaiser bei dem Chef des Civilcabinets das Diner einzunehmen. — Die Kaiserin ertheilte im hiesigen königl. Schlosse am Sonnabend Nachmittag dem Wirklichen Ober-Consistorial-Rath Professor Dr. Weiß und am Sonntag im Anschluß an die Audienz beim Kaiser dem Wirkl. Geh. Rath und Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Kügler Audienz.

B. **Berlin**, 7. April. (Privattelegramm.) Die „Nat.-Ztg." schreibt: In Frankreich ist unzweifelhaft die Losung ausgegeben worden, den Besuch, den der italienische Minister des Auswärtigen **Prinetti** dem **deutschen Reichskanzler** Grafen von Bülow, in Venedig abstattete, in falscher Beleuchtung darzustellen. Wie der „Temps" behauptet nun auch der „Figaro" in der heute eingetroffenen Nummer, daß die Initiative zu diesem Besuche vom deutschen Reichskanzler ausgegangen sei, während thatsächlich Herr Prinetti unmittelbar, nachdem er aus den Zeitungen erfahren hatte, daß der deutsche Reichskanzler die Osterferien in Ober-Italien zuzubringen gedachte, in ebenso höflicher wie feinfühliger Weise den Wunsch äußerte, mit ihm zusammenzutreffen. In der Manier, wie französische Blätter sich eine Vormundschaft über den italienischen Minister des Auswärtigen anmaßen, liegt ein förmliches System. Dieses erklärt sich nun daraus, daß der französische Botschafter beim Quirinal, Herr Barrière, im Hinblick auf seine vielerörterte Neujahrsrede für geboten erachtet, den ungünstigen Eindruck abzuschwächen, der in Frankreich durch den für den Dreibund günstigen Verlauf der Unterredungen des Herrn Prinetti mit dem deutschen Reichskanzler hervorgerufen werden mußte. Zu diesem Zwecke wird daher auch vom „Figaro" an der Legende festgehalten, Graf von Bülow habe den italienischen Minister des Auswärtigen nach Venedig „eingeladen". Wie schlecht unterrichtet die römischen Gewährsmänner der Pariser Blätter sind, erhellt unter Anderem auch daraus, daß versichert wird, der Dreibund laufe am 12. April 1903 ab, so daß er am 12. April 1902 gekündigt werden müßte. In Wirklichkeit läuft er am 6. Mai 1903 Mittags ab, während eine Kündigungsfrist überhaupt nicht vorgesehen ist. Vielmehr würde er ohne Weiteres zu Ende gehen, falls er nicht formell erneuert werden sollte. Die Zuversicht, daß dieser Vertrag auf der gegenwärtigen Grundlage verlängert werden wird, konnte erfreulicherweise durch die Begegnung des Herrn Prinetti mit dem Grafen von Bülow nur erhöht werden.

— Das „Testament" des Papstes mit seinem Verlangen „vollkommener Unterwerfung unter die Weisungen des heiligen Stuhles als Pflicht der Katholiken" findet in der klerikalen Presse enthusiastische Aufnahme. Die „Germania" z. B. schreibt: „Der Schwanengesang des sich „nahe der Ewigkeit" fühlenden ehrwürdigen Hauptes der Christenheit hat bei allen Katholiken geradezu begeisterte Aufnahme gefunden. Erkannten sie doch in den herrlichen Ausführungen des päpstlichen Rundschreibens die Stimme des alle Glieder der Kirche mit gleicher Liebe umfassenden Vaters, der vor Antritt der Pilgerreise in die Ewigkeit die ihm am meisten am Herzen liegenden Mahnungen als kostbares Testament hinterläßt . . . Mögen die Worte des erleuchteten Papstes — lumen de coelo (ein Licht vom Himmel) — namentlich von den deutschen Katholiken eifrig gelesen und ernstlich beachtet werden. Das ist der beste Dank, den wir dem Jubelpapste für seine erhebenden und begeisternden Ausführungen darbringen können."

— Wie man aus Primkenau berichtet, wird der Kaiser bei dem Jagdbesuche in den Tagen vom 23. bis 25. April von der Kaiserin begleitet sein. Am 24. April erfolgt dann die Ankunft des Kronprinzen und des Prinzen Eitel Friedrich. Die Kaiserin, sowie der Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich werden voraussichtlich bis zum 26. April auf Schloß Primkenau verweilen. Der Besuch erfolgt in aller Stille und trägt lediglich privaten Charakter, in Folge dessen von Empfangsfeierlichkeiten, Spalierbildungen u. s. w. ganz abgesehen wird.

* **Kiel**, 6. April. Durch die Erweiterung der fiscalischen Anlagen hat sich die Wohnungsnoth in den Ortschaften am Kriegshafen und am Kaiser Wilhelm-Canal sehr verschärft. Die Reichsregierung sucht durch Gewährung von Reichsdarlehen an Baugenossenschaften und Bauvereine den Nothstand zu lindern. Geheimrath Dr. Richter vom Reichsamt des Innern weilt in diesen Tagen im Reichskriegshafen und hat sehr bedeutende Mittel bewilligt. Der Arbeiterbauverein Kiel-Gaarden erhielt 500 000 ℳ, der Kieler Bau- und Sparverein 150 000 ℳ. Letzterem wurde für das Jahr 1903 ein weiterer Beitrag von 200 000 ℳ zugesichert. Auch den Bauvereinen in Dietrichsdorf, wo das Marine-Munitionsdepot errichtet ist, in Holtenau, Rendsburg und Brunsbüttel am Canal werden Reichsmittel zufließen. Die größte Noth wird nunmehr in absehbarer Zeit beseitigt werden.

* **Hamburg**, 6. April. Die Krisis in der Hamburger Bürgerschaft besteht noch immer fort, da die Partei der Linken sich weigert, an der Leitung der Verhandlungen theilzunehmen, nachdem das ihr nach ihrer Meinung zukommende Ehrenamt der ersten Vicepräsidentenstelle von den anderen Fractionen ihr vorenthalten worden ist. Die zu Schriftführern gewählten Mitglieder der Linken lehnen die Wahl nacheinander ab. Die Frage, ob es nach hiesigem parlamentarischen Gebrauch überhaupt möglich ist, die Wahl in den Vorstand auszuschlagen, ist indessen bisher noch nicht entschieden worden und wird die Bürgerschaft in einer der nächsten Sitzungen beschäftigen. Auch das Entlassungsgesuch des Präsidenten Hinrichsen ist noch nicht beantwortet, doch besteht kaum ein Zweifel, daß der damit befaßte Ausschuß den langjährigen, hochverdienten Vorsitzenden der Bürgerschaft um die Weiterführung seines Amtes ersuchen wird. Herr Hinrichsen hatte die Wiederwahl abgelehnt, weil die durch ihre Zurücksetzung erbitterte Linke sich bei der Präsidentenwahl der Abstimmung enthalten hatte.

* **München**, 6. April. Dr. Franz Klasen, der ehemalige Chefredacteur des damals noch nicht centrumsfrommen „Bayerischen Kurier", eröffnet seine Thätigkeit an der Wochenschrift „Das zwanzigste Jahrhundert" mit

SLUB
Wir führen Wissen.